

Aufmarsch gegen China

Es dürfte das erste Mal gewesen sein, dass Mike Minihan, ein Viersternegeneral der US-Luftwaffe, international Schlagzeilen machte. Ende Januar 2023 stach jemand eine knappe Notiz an US-Medien durch, in der sich Minihan, Chef des Air Mobility Command, zur Lage in der Asien-Pazifik-Region äußerte, insbesondere zur Situation rings um Taiwan. Mit Blick auf die rasante Militarisierung der Region, die – das verschwieg der General freilich – vor allem von den westlichen Mächten vorangetrieben wird, erklärte er: „Ich hoffe, ich liege falsch. Mein Bauch sagt mir, wir werden im Jahr 2025 kämpfen.“

„Schwenk nach Asien“

Der Aufmarsch in der Asien-Pazifik-Region, der aktuell bedrohlich eskaliert, ist nicht neu. Die Vereinigten Staaten verfolgen die Absicht, das aufsteigende China durch eine – auch militärische – Stärkung ihrer dortigen Positionen einzudämmen, im Kern seit Jahrzehnten. Bereits am 19. Februar 2002 hatte US-Präsident George W. Bush in einer Rede vor dem japanischen Parlament neue US-Aktivitäten in Japan, den Philippinen und Taiwan angekündigt und dabei erklärt: „Amerika ist, wie Japan, eine pazifische Nation, ein Teil von Asiens Zukunft“.¹ Zunächst wurde freilich wenig aus dem Plan: Der Irak-Krieg des Jahres 2003 und seine Folgen banden militärische und anderweitige Potenziale der USA über Jahre hin in erheblichem Umfang am Persischen Golf. Die Kapazitäten reichten nicht, um parallel die Asien-Pazifik-Aktivitäten wie gewünscht auszuweiten. Bushs Nachfolger Barack Obama suchte Abhilfe zu schaffen, trieb den US-Truppenabzug aus Mittelost gezielt voran und rief im November 2011 einen „Pivot to Asia“ (Schwenk nach Asien) aus. Am 17. November 2011 teilte er in einer Rede in Australiens Hauptstadt Canberra mit, er habe sein „Nationales Sicherheitsteam angewiesen, unsere Präsenz und unsere Mission in Asien-Pazifik zu einer Top-Priorität zu machen“; „die Vereinigten Staaten sind eine pazifische Macht, und wir sind gekommen, um zu bleiben.“²

China hat auf Obamas Pivot to Asia mit dem Versuch reagiert, eine harte Konfrontation mit den USA in der Asien-Pazifik-Region zu vermeiden oder doch wenigstens hinauszuzögern. Als im Jahr 2012 im außenpolitischen Establishment der Volksrepublik diskutiert wurde, wie man einerseits den Pivot to Asia beantworten, wohin man andererseits die anschwellende Expansion der chinesi-

¹ Elisabeth Bumiller: Bush Affirms U.S. Role in Asia in New ‘Pacific Century’. nytimes.com 19.02.2002. <https://www.nytimes.com/2002/02/19/world/bush-affirms-us-role-in-asia-in-new-pacific-century.html>.

² Remarks by President Obama to the Australian Parliament. obamawhitehouse.archives.gov 17.11.2011. <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament>.

schen Wirtschaft lenken solle, da schlug der Dekan der School of International Studies an der Peking University und Berater des chinesischen Außenministeriums Wang Yisi vor, vorrangig nicht nach Osten, sondern in Richtung Westen zu orientieren. Fokussiere man allzu stark auf Ost- und Südostasien, dann drohten dort Interessenskollisionen und Konflikte mit den USA, die man noch nicht gewinnen könne. Weniger riskant sei es, dort aktiv zu werden, wo sich die Vereinigten Staaten zurückzuziehen begännen: im Mittleren Osten, in Zentralasien, auch im Südkaukasus. Man solle, riet Wang, auf eine „neue Seidenstraße“ setzen, die „von Chinas östlichen Häfen durch das Zentrum Asiens und Europas bis zu den östlichen Ufern des Atlantischen Ozeans und zu den Küstenländern des Mittelmeers“ reiche.³ Ein knappes Jahr später rief Chinas Präsident Xi Jinping die Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI) aus.

Auch der Obama-Administration ist es nicht gelungen, den Pivot to Asia im geplanten Ausmaß zu realisieren. Das Erstarken des IS und der Krieg gegen ihn hielten starke US-Truppen, wie schon unter Bush, in Nah- und Mittelost fest; hinzu kamen Ablenkungen durch den Machtkampf gegen Russland nach der Eskalation des Ukraine-Konflikts ab 2014. Erst US-Präsident Donald Trump konnte den Abzug aus Mittelost wieder energisch vorantreiben und mit ganzer Kraft den Machtkampf gegen China forcieren. Seine Regierung hat den Wirtschaftskrieg gegen die Volksrepublik eskaliert sowie den geostrategischen Rahmen für den Machtkampf weiter gespannt als zuvor, wozu sie den – geografisch unsinnigen – Begriff „Indo-Pazifik“ in den westlichen Diskurs eingeführt hat. Der Begriff war zuvor ab 2007 von Außenpolitik-Experten in New Delhi verwendet worden, mit dem Ziel, die Anbindung Indiens an die boomende Wirtschaft der Asien-Pazifik-Region zu fördern.⁴ Die Trump-Administration begann ihn zu nutzen, um für sämtliche potenziellen asiatisch-pazifischen Gegner der Volksrepublik eine begriffliche Klammer zu schaffen, inklusive Indien, das sich als traditionelles asiatisches Gegengewicht gegen China begreift. Die Wortkombination „Indo-Pazifik“ wurde damit zu einem auf China gerichteten geostrategischen Kampfbegriff.

„Indo-Pazifik“ als Kampfbegriff

Der Kampfbegriff „Indo-Pazifik“ ist im Westen mittlerweile in den politisch-medialen Alltagssprachegebrauch eingedrungen. Eine Reihe von Staaten haben eigens „Indo-Pazifik“-Strategien veröffentlicht, Deutschland beispielsweise im September 2020, Frankreich im Februar 2022. Großbritannien vollzog in einem im März 2021 publizierten Strategiepapier („The Integrated Review 2021“) ebenfalls einen „indo-pazifischen Schwenk“ („Indo-Pacific tilt“). Die NATO identifizierte in ihrem neuen Strategischen Konzept vom Juni 2022 den „Indo-Pazifik“ als eine „wichtige“ Weltregion und kündigte an, mit ihren dortigen

³ Wang Jisi: „Marching Westwards“: The Rebalancing of China’s Geostrategy. International and Strategic Studies Report No. 73. Beijing, October 07, 2012.

⁴ Gurpreet S. Khurana: Security of Sea Lines: Prospects for India-Japan Cooperation. In: Strategic Analysis Vol. 31,1 (2007). S. 139-153.

Partnern verstärkt zusammenzuarbeiten; im Januar 2023 startete sie dazu eine Initiative unter dem Titel „Futures in the Indo-Pacific“. „Indo-Pazifik“-Strategien haben inzwischen auch Japan und Südkorea entwickelt; Australiens Regierung spricht von ihren „indo-pazifischen“ Partnerschaften. Dass der Begriff lediglich als Kampfbegriff taugt, bestätigte sich, als im Oktober 2021 westliche Medien berichteten, ein Atom-U-Boot der USA sei „im Indo-Pazifik“ mit einem unbekanntem Objekt kollidiert. Ob dies jedoch vor der ostafrikanischen Küste, in den Gewässern vor Kalifornien oder im Südchinesischen Meer geschehen war – eine ganz entscheidende Frage –, blieb wegen der geografischen Unschärfe des Begriffs zunächst unklar.

Dabei wird der Kampfbegriff „Indo-Pazifik“ längst mit militärischem Leben gefüllt. Nicht nur die Vereinigten Staaten, auch Deutschland sowie weitere westliche Mächte weiten ihre Manöver im Indischen und vor allem im Pazifischen Ozean systematisch aus; für die Bundesrepublik sehen das die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ vom September 2020 explizit vor. Um beim Beispiel Deutschland zu bleiben: Den Anfang machte die Fregatte Bayern, die im August 2021 zu einer ersten großen Asien-Pazifik-Fahrt aufbrach und im Februar 2022 nach Übungsaufenthalten unter anderem in Indien, Australien, Japan und Südkorea, in Häfen der Pazifikinseln Palau und Guam und im Südchinesischen Meer heimkehrte; gemeinsame Kriegsübungen hatte sie mit Kriegsschiffen diverser westlicher Mächte und verbündeter Staaten der Asien-Pazifik-Region durchgeführt. Im Sommer 2022 folgte die Teilnahme eines Luftwaffengeschwaders an einem Großmanöver in Australien und an Teilübungen in Japan, Südkorea und Singapur. Im Sommer 2023 werden Einheiten des Heeres zu einem weiteren Großmanöver nach Australien entsandt. Danach sollen mindestens zwei Kriegsschiffe zu Übungen im „Indo-Pazifik“ entsandt werden; im Gespräch ist es, sie durch den Panamakanal in den Pazifik zu schicken. Ihre Fahrt ist vorläufig für 2024 geplant.

Divergierende Interessen bezüglich China

Bei alledem sind die Interessen, die die USA respektive Deutschland zum Ausbau ihrer Militärpräsenz im „Indo-Pazifik“ treiben, nicht identisch. Beide Länder teilen den Wunsch, Chinas Aufstieg zu stoppen oder zumindest zu bremsen; schließlich gerät durch ihn die globale Dominanz des Westens insgesamt in Gefahr. Allerdings sind bedeutende Branchen der deutschen Industrie inzwischen vom Chinageschäft bzw. von Produktion, Forschung und Entwicklung in der Volksrepublik abhängig, besonders die Kfz-Industrie, der Maschinenbau, einige große Chemiekonzerne. Berlin setzt daher auf einen Kurs, der zwar mit Washington gegen Beijing mobilisiert, dies allerdings nur in einem Ausmaß tut, das die ökonomischen Beziehungen zu China nicht ruiniert. Die Bundesrepublik – und in ihrem Fahrwasser die EU – haben für China die Trias „(wirtschaftlicher) Partner, Wettbewerber und strategischer Rivale“ geprägt, die ihre widersprüchlichen Interessen zumindest verbal auf einen Nenner bringen soll. Ob und, wenn ja, wie dies auch in der politischen Praxis gelingt, ist eine offene Frage, zumal mächtige Kreise in Washington auf ein „Decoupling“, eine ökonomische Entkopplung der Volksrepublik vom Westen, dringen.

Deutschlands ökonomische Interessen sind der Grund dafür, dass die Bundesrepublik bei der Militarisierung des Indischen und des Pazifischen Ozeans nicht ganz so schnell und energisch voranschreitet wie die Vereinigten Staaten. Für letztere hat die sogenannte erste Inselkette einen zentralen Stellenwert, die sich in mehr oder weniger großen Abständen vor der chinesischen Festlandküste erstreckt; sie reicht von Japan über dessen südliche Inseln, etwa Okinawa, und Taiwan bis hin zu den Philippinen und nach Borneo. Wer sie kontrolliert, hat nicht nur die Möglichkeit, sie als Operationsbasis für Angriffe gegen China zu nutzen. Er kann auch die chinesische Marine zwischen ihr und dem Festland einsperren und damit deren Handlungsfähigkeit empfindlich einschränken. Einen beherrschenden Einfluss auf die Länder der ersten Inselkette üben seit den 1950er Jahren die Vereinigten Staaten aus – und sie sind gegenwärtig dabei, ihn noch stärker zu festigen. Zugleich bauen sie ihre militärische Stellung dort systematisch aus. Ergänzend haben die Länder der ersten Inselkette angefangen, ihre eigenen Streitkräfte rasant hochzurüsten.

All dies trifft ganz besonders auf Japan zu. Tokio hat Ende 2022 eine neue Nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet, die ausdrücklich auf den Machtkampf gegen China als „größte strategische Herausforderung“ orientiert. Sie beinhaltet eine Abkehr von dem Grundsatz, die japanischen Streitkräfte dürften im Kriegsfall nur reine Defensivoperationen durchführen, und erlaubt erstmals „effektive Gegenschläge auf das Territorium eines Gegners“.⁵ Offiziell geht es dabei um Angriffe zum Beispiel auf Raketenstellungen und auf andere militärische Einrichtungen. Im Blick hat die Regierung in Tokio vor allem Ziele in China. Japan rüstet umfassend auf, erhöht seinen Militärhaushalt um die Hälfte auf zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung und will damit unter anderem eigene Raketen weiterentwickeln und in den USA Tomahawk-Cruise Missiles kaufen, die China erreichen können. Außen- und militärpolitisch koordiniert sich die japanische Regierung schon seit dem Jahr 2000 regelmäßig in sogenannten 2+2-Gesprächen – Treffen der Außen- und der Verteidigungsminister beider Seiten – eng mit der US-Administration. Die Vereinigten Staaten, die in Japan etwa 54.000 Soldaten stationiert haben, gruppieren ihre Truppen auf Okinawa gegenwärtig um. Sie sollen mit Blick vor allem auf einen etwaigen Krieg um Taiwan noch schlagkräftiger werden.

Japan ist zudem im Sinne einer umfassenden Blockbildung gegen China bemüht, seine militärische Kooperation mit Südkorea zu intensivieren. Südkorea rüstet ebenfalls massiv auf und hat angekündigt, seinen Militäretat in den kommenden Jahren um durchschnittlich 6,8 Prozent zu erhöhen. Offiziell hat Seoul dabei vor allem den Konflikt mit Nordkorea im Blick. Die Vereinigten Staaten, die in Südkorea rund 28.500 Soldaten stationiert haben, setzen allerdings auch im Machtkampf gegen China auf das Land. Washington und Seoul weiten die gemeinsamen Manöver, die in der Ära Trump ein wenig zurückgefahren worden

⁵ Zitiert nach: Alexandra Sakaki: Japans sicherheitspolitische Neuausrichtung. Historische Aufrüstungsentscheidung. SWP-Aktuell 2023/A13. Berlin, 17.02.2023.

waren, wieder erheblich aus; im März hielten beide Seiten mit dem Manöver „Freedom Shield“ ihre größte Kriegsübung seit fünf Jahren ab. Unter US-Druck gehen auch Japan und Südkorea wieder zu gemeinsamen Manövern über, bei denen etwa die Raketenabwehr geübt wird – zuweilen im Dreierformat mit den USA. Die japanisch-südkoreanische Kooperation war in den vergangenen Jahren durch Tokios hartnäckige Weigerung etwas gebremst worden, Koreanern, die während der japanischen Kolonialherrschaft Zwangsarbeit leisten mussten, Entschädigung zu zahlen. Dies soll nun eine südkoreanische Stiftung mit Geld aus Südkorea tun; Seoul hofft, damit den Konflikt beilegen zu können.

Militärische Einkreisung

Zurück zur ersten Inselkette: Deren südlichen Teil nehmen die Philippinen ein, die sich unter der Präsidentschaft von Rodrigo Duterte (2016 bis 2022) China annäherten und eine gewisse Distanz zu den Vereinigten Staaten, ihrer früheren Kolonialmacht, suchten, die aber seit dem Amtsantritt von Ferdinand Marcos Jr. einen umfassenden Kurswechsel hin zu den USA vollzogen haben. Bereits seit 2014 verfügen die US-Streitkräfte im Rahmen des Enhanced Defense Cooperation Agreement (EDCA) über freien Zugang zu fünf Militärbasen auf den Philippinen. Anfang 2023 wurde vereinbart, dass vier Militärbasen hinzukommen sollen, auf denen die Vereinigten Staaten rotierend Truppen stationieren dürfen. Eine von ihnen soll auf der Insel Balabac vor dem Süzipfel der Insel Palawan errichtet werden; diese liegt unmittelbar am Südchinesischen Meer. Für drei weitere sind Standorte im äußersten Norden der Insel Luzon vorgesehen, also in größtmöglicher Nähe zu Taiwan. Im April hielten die Streitkräfte der Philippinen und der USA das alljährliche Manöver Balikatan ab – diesmal mit 17.600 Soldaten, mehr als je zuvor. Trainiert wurde dabei auch auf Palawan und ganz im Norden von Luzon. Kommt es zum Krieg zwischen den USA und China, sind die Philippinen höchstwahrscheinlich zumindest als Zielscheibe für chinesische Raketen dabei.

Das Südchinesische Meer, an dem sich die US-Streitkräfte auf der philippinischen Insel Balabac positionieren und das einer der Orte ist, an denen ein Krieg seinen Ausgang nehmen könnte, spielt für China eine bedeutende Rolle. Die Volksrepublik rüstet seit vielen Jahren konsequent auf – insbesondere mit Waffensystemen, die sie zur Verteidigung gegen mögliche Angreifer braucht. Dazu zählen etwa Schiffsabwehrraketen wie die DF-21D, der berühmte „carrier killer“, die als überaus effizient gelten und dazu dienen, im Fall der Fälle angreifende feindliche Kriegsschiffe abzuwehren: Nie wieder sollen fremde Flotten in der Lage sein, die Gewässer vor der chinesischen Küste so zu dominieren, wie es Kriegsschiffe aus Europa im 19. Jahrhundert bei ihren Angriffen auf das Reich der Mitte taten. Um sich verteidigen zu können, baut die Volksrepublik auch einige Inseln im Südchinesischen Meer aus: Seit Beijing dort Abwehranlagen installiert habe, müssten etwaige Angreifer „mit höheren militärischen und damit auch politischen Kosten“ rechnen, hieß es bereits im Jahr 2015 in einer Analyse der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP); die militärische

Befestigung der Inseln sei deshalb „eine sinnvolle Maßnahme zum Schutz des Status quo durch Abschreckung“.⁶ Zusätzlich arbeitet die chinesische Marine daran, sich die Fähigkeit zum Ausbruch durch die erste Inselkette anzueignen; das soll ihr, ergänzend zu einer flächendeckenden Abwehr mit Raketen, größere Spielräume eröffnen.

Die Bedeutung Taiwans

Das Zentrum der ersten Inselkette und zugleich die Stelle, an der sie dem chinesischen Festland am nächsten kommt, bildet Taiwan. Die Insel gehört zu China, seit sie gegen Ende des 17. Jahrhunderts dem Reich der Mitte eingegliedert wurde; von 1895 bis 1945 hielt Japan sie als Kolonie, und seit 1949 entzieht sie sich, als letzter Rückzugsort der unterlegenen Seite im chinesischen Bürgerkrieg, faktisch der Kontrolle der Volksrepublik. Nicht nur Beijing, auch die zur Zeit in der Opposition befindliche taiwanische Guomindang halten am Bestand des chinesischen Staates fest, wenngleich sie das unter unterschiedlichen Vorzeichen tun. Auf Taiwan zu verzichten ist für die Volksrepublik keine Option. Abgesehen davon, dass kein Staat Territorien freiwillig preisgibt – bestes Beispiel dafür ist die Bundesrepublik, die nie auf das Territorium der DDR verzichtet hat: Das Prinzip der Wahrung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten besitzt für Beijing höchste Bedeutung, als zentraler Grundsatz der Vereinten Nationen, aber nicht nur das. Separatismus und Staatszerfall sind für China historisch stets eine große Gefahr gewesen; auch heute bieten sie – in Xinjiang, Tibet, der Inneren Mongolei, Hongkong – feindlichen Kräften Hebelpunkte, um den Staat von innen zu schwächen. Spaltete Taiwan sich offiziell ab, wäre für alle anderen Separatismen ein Präzedenzfall da.

Aus genau diesem Grund wäre eine Abspaltung Taiwans für die westlichen Mächte nützlich; aus ihrer Sicht gilt es daher zumindest, die faktische Eigenständigkeit der Insel zu wahren. Umgekehrt stünde, gelänge es Beijing, die Kontrolle über Taiwan zu erlangen, die erste Inselkette nicht mehr komplett unter US-Kontrolle und wäre für die chinesische Marine kein echtes Hindernis mehr. Die westliche Unterstützung für Taipeh hat in den vergangenen zwei Jahren stark zugenommen. Deutlich vermehrte Besuche westlicher Parlamentarier werten Taiwan politisch auf; der Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bindungen stärkt die Insel und deren Beziehungen zum Westen. Die Vereinigten Staaten rüsten zudem die taiwanischen Streitkräfte energisch auf und haben zuletzt die Zahl der Militärausbilder, die auf der Insel stationiert sind, von bisher 30 auf bis zu 200 erhöht. Im Mittelpunkt steht ein Konzept, das sich aus US-Sicht in der Ukraine bewährt hat: Taiwan soll für den Fall eines chinesischen Angriffs so bewaffnet werden, dass es einen Untergrundkrieg gegen Beijings Truppen führen kann – so etwa mit tragbaren Panzer- und Flugabwehrwaffen, mit speziell ausgebildeten Son-

⁶ Christian Becker: Die militärstrategische Bedeutung des Südchinesischen Meeres. Überlegungen zum chinesischen Kalkül im Inselstreit. SWP-Aktuell 82. Berlin, September 2015.

dereinheiten. Genau so hat 2022 die Ukraine den ersten Stoß des russischen Überfalls abgewehrt.⁷

Weitere Partner und Bündnisse gegen China

Für den US-Aufmarsch gegen China spielen schließlich noch Australien und diverse kleine Inselstaaten im Pazifik eine jeweils besondere Rolle. Australien, seit je eng mit den Vereinigten Staaten verbündet, dient den US-Streitkräften als eine Art rückwärtige Operationsbasis. Seit Obama im November 2011 den Pivot to Asia verkündete, bauen die USA ihre Militärpräsenz dort systematisch aus. So soll etwa eine Luftwaffenbasis im Norden des Landes in die Lage versetzt werden, bis zu sechs atomwaffenfähige Langstreckenbomber B-52 zu beherbergen. Die australische Marine wird mehrere nuklear betriebene U-Boote in den Vereinigten Staaten kaufen und dann gemeinsam mit den USA und Großbritannien eigene Atom-U-Boote entwickeln. Nuklear betriebene U-Boote unterscheiden sich darin von nichtnuklearen, dass sie eine deutlich größere Reichweite haben, seltener auftauchen müssen und leiser fahren; mit ihnen wird die australische Marine in die Lage versetzt, weit entfernt von ihren Heimathäfen in chinesischen Gewässern zu operieren.

Auf zumindest einige der Inseln und Inselstaaten im Pazifik wiederum sind die Vereinigten Staaten aus logistischen Gründen angewiesen. Bei aller Aufrüstung in der Asien-Pazifik-Region müssen die USA im Falle einer Konflikt- oder gar Kriegseskalation doch immer wieder Nachschub über die riesigen Weiten des Pazifiks nach Ostasien schaffen. Einige der pazifischen Inseln gelten deshalb in der US-Geostrategie seit je als wichtige „Trittsteine“ über den Ozean. Hinzu kommt, dass die Inseln, die in nicht allzu großer Entfernung von Ostasien liegen, als Startpunkte für Kampffjets und Bomber oder als Standorte für Hilfseinrichtungen genutzt werden können. Auf Palau etwa, einer ehemaligen US-Kolonie, deren Militärpolitik bis heute die Vereinigten Staaten gestalten, bauen die US-Streitkräfte derzeit eine gewaltige Radaranlage zur Überwachung des gesamten westlichen Pazifik auf. Auf Guam wiederum, das bis heute faktisch eine US-Kolonie ist, haben die US-Marines einen neuen Stützpunkt errichtet. Bislang war die Insel vor allem als Startplatz für Militärflugzeuge sowie als Operationsbasis für die Seestreitkräfte vorgesehen. Jetzt werden dort auch tausende US-Marines stationiert, die im Kriegsfall in einer Art Inselhopping in Richtung China vorrücken sollen, ausgerüstet unter anderem mit Antischiffsraketen.

Washington sichert seinen Aufmarsch gegen China mit einer konsequenten Bündnispolitik ab. Australien etwa bindet es mit dem AUKUS-Pakt – das Kürzel steht für Australia, United Kingdom, United States – noch intensiver als zuvor an sich. Der Pakt, der im September 2021 geschlossen wurde, rief massiven Unmut in Frankreich hervor. Frankreich hält bis heute Kolonien im Pazifik und

⁷ Oren Lieberman: How Ukraine is using resistance warfare developed by the US to fight back against Russia. edition.cnn.com 27.08.2022. <https://edition.cnn.com/2022/08/27/politics/russia-ukraine-resistance-warfare/index.html>.

versteht sich daher als pazifische Macht; Militärstützpunkte hat es in Neukaledonien und in Französisch-Polynesien etabliert. Darauf aufbauend hatte die französische Regierung eine engere außen- und militärpolitische Kooperation mit Australien angestrebt und diese mit einem extrem teuren Rüstungsprojekt verknüpft: Für rund 56 Milliarden Euro wollte Canberra bei französischen Kriegsschiffbauern dieselgetriebene U-Boote kaufen. Mit dem Abschluss des AUKUS-Pakts schwenkte die australische Regierung, für Paris quasi aus heiterem Himmel, um, stornierte den U-Boot-Deal mit Frankreich und kündigte die Beschaffung nuklear betriebener U-Boote in Kooperation mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien an. Damit liegt die strategische Führung im Pazifik im Rahmen der westlichen Strukturen faktisch allein bei den USA.

Hinzu kommt, dass die USA ihr asiatisch-pazifisches Bündnissystem systematisch mit der NATO verkoppeln. Über Jahre hin haben sie Japan, Südkorea, Australien sowie Neuseeland schrittweise an das transatlantische Bündnis herangeführt. Am Madrider NATO-Gipfel im Juni 2022 nahmen erstmals die Staats- und Regierungschefs der vier Länder teil. Die NATO werde „Dialog und Kooperation“ mit ihren „Partnern im Indo-Pazifik stärken“, heißt es in ihrem neuen Strategischen Konzept, das die 30 Mitgliedstaaten in Madrid verabschiedeten. Im Januar 2023 besuchte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Japan und Südkorea, um die Zusammenarbeit mit beiden Staaten weiter zu intensivieren. Dies ist nicht auf die NATO beschränkt. Auch die Bundesrepublik weitet ihre Zusammenarbeit mit den asiatisch-pazifischen Verbündeten konsequent aus. Mit Japan und Australien etwa hält sie regelmäßig sogenannte 2+2-Gespräche ab – Treffen der Außen- und Verteidigungsminister beider Seiten, bei denen die jeweilige Außen- und Militärpolitik eng aufeinander abgestimmt wird. Mit Japan hat Berlin im März 2023 zudem erstmals Regierungskonsultationen abgehalten.

Bleibe noch Indien zu erwähnen. New Delhi teilt mit dem Westen das Interesse, China nicht allzu mächtig werden zu lassen; es strebt seinerseits nach einer Führungsposition in Asien und trägt zudem bis heute – zuweilen blutig – Grenzkonflikte mit der Volksrepublik aus. Es hat sich mit dem Vereinigten Staaten, Australien und Japan im Quad-Bündnis (Quadrilateral Security Dialogue) zusammengetan, das unter anderem auch militärische Aktivitäten entfaltet, darunter Kriegsübungen. Schien es eine Zeitlang, als ob sich Indien über das Quad-Bündnis fest an den Westen binden und in dessen Machtkampf gegen China integrieren lassen würde, so wurde dies durch die Entwicklung im Jahr 2022 relativiert: New Delhi verweigerte sich dem westlichen Wirtschaftskrieg gegen Russland, beharrte auf einer eigenen Position und verschaffte sich Rückendeckung durch stärkere Aktivitäten im Rahmen des BRICS-Bündnisses, in dem es nun allerdings ein gewisses Auskommen mit China finden muss. Die vorsichtige Wende hin zu diesem Kurs konnte man im Frühjahr 2022 beobachten. Damit hat Indien klargestellt, dass es sich vom Westen nicht bedingungslos als Instrument gegen China einspannen lässt. Ob es auf Dauer dabei bleibt, ist ungewiss.

Klar ist bei alledem: Die Gefahr, dass der Aufmarsch des Westens in der Asien-Pazifik-Region zu einem Weltkrieg führt, ist groß. Das belegen immer wieder

Äußerungen etwa von US-Militärs; General Mike Minihans Notiz über sein Bauchgefühl ist ein Beispiel dafür. In einem Land, das von einem solchen Krieg wohl als eins der ersten direkt betroffen wäre – Australien –, hat inzwischen eine öffentliche Debatte dazu begonnen, was die Bevölkerung von ihm zu erwarten hätte. Die ABC (Australian Broadcasting Corporation) startete im Februar 2023 eine Analyseserie mit der Überschrift „Wie ein Krieg mit China für Australien aussehen würde“.⁸ In Deutschland wird die Debatte in dieser Form noch nicht geführt.

⁸ John Lyons: What would war with China look like for Australia? Part 1. abc.net.au 19.02.2023. <https://www.abc.net.au/news/2023-02-20/what-would-war-with-china-look-like-for-australia-part-1/101328632>.